

# Völkisch grün: Braune Flecken in der Anti-AKW-Bewegung

Von **Wolfgang Ehmke**

Die Anti-Atom-Bewegung in Deutschland gilt noch immer weithin als progressiv, links und gesellschaftskritisch. Der Kampf gegen die Atomkraft richtet sich gegen die Auswüchse des kapitalistischen Systems, das in seiner Profitgier „über Leichen“ geht. Auch die wissenschaftliche Aufarbeitung der Geschichte der Anti-Atom-Bewegung folgt diesem Narrativ. Sie beginnt zumeist mit dem Kampf gegen das badische Atomkraftwerk Wyhl im Jahr 1975 und spinnt den Faden weiter über Brokdorf, Kalkar, Gorleben und Wackersdorf. Diese Betrachtungsweise verstellt jedoch den Blick darauf, dass rechte und rechtsextreme Kreise bereits in den 1960er Jahren großen Einfluss in und auf Anti-AKW-Bürgerinitiativen hatten und mitunter sogar tonangebend waren.

Markstein der Erzählung von der progressiven Anti-Atom-Bewegung bildet die Besetzung eines AKW-Bauplatzes im baden-württembergischen Wyhl am 23. Februar 1975. Die Platzbesetzer\*innen sahen sich damals als alemannische Trotsköpfe und Rebellen, die sich erheben – in einer demokratischen Traditionslinie, die an die Freiheitsbewegungen nach 1848 anknüpft. Der Liedermacher Walter Mossmann stiftete den Zusammenhang und stimmte dazu „In Mueders Stübele“ an.<sup>1</sup>

Diese Betrachtungsweise fand Eingang in die historische Aufarbeitung der Anti-Atom-Bewegung. So schloss etwa der letzte Band von Hellmut G. Haasis' „Spuren der Besiegten“ von 1984 mit der aufkeimenden Anti-AKW-Bewegung ab.<sup>2</sup> Ein weiteres Beispiel für eine derart verengte Sicht auf die Bewegungsgeschichte stellt das mehrbändige Werk „Die Anti-Atom-Bewegung – Geschichte und Perspektiven“ dar. Jutta Dittfurth warnt darin zwar vor einer Vereinnahmung der Anti-AKW-Bewegung durch rechte und esoterische Tendenzen, stellt in diesem Bemühen aber die Geschichte auf den Kopf: Diese Kreise würden zunehmend auf eine ursprünglich emanzipatorische Bewegung Einfluss nehmen.<sup>3</sup>

In einer solchen Geschichtsschreibung verengt sich jedoch der Blick auf einen politisch „genehmen“ Kreis von Aktivist\*innen der späten 1970er

1 Walter Mossmann, Flugblatt-Lieder. Streitschriften, Berlin 1980.

2 Hellmut G. Haasis, Spuren der Besiegten. Freiheitsbewegungen vom demokratischen Untergrund 1848 bis zu den Atomkraftgegnern, Heidenheim 1984.

3 Vgl. Tresantis (Hg.), Die Anti-Atom-Bewegung – Geschichte und Perspektiven, Berlin und Hamburg 2015.

Jahre. Damals herrschte ein Wettlauf um die Vorherrschaft linker Gruppen in der Anti-AKW-Bewegung, der vor allem in Norddeutschland in die „Schlachten“ um Brokdorf und Grohnde und später im bayrischen Wackersdorf in die „Zaunkämpfe“ mündete. In diesen Jahren dominierten und rivalisierten in der Bewegung die sogenannten K-Gruppen wie der Kommunistische Bund (KB), der seinen Schwerpunkt in Hamburg hatte, der Kommunistische Bund Westdeutschlands (KBW) und andere unorthodoxe Linke. Die „bürgerlichen Nischen“ in der Anti-AKW-Bewegung vor allem in der Provinz – wie im Wendland rund um Gorleben – belächelten sie herablassend.

Dabei spielten diese bürgerlichen Kreise schon früh eine gewichtige Rolle in der Bewegung. Sehr früh beschrieb etwa der Umweltaktivist und Vorsitzende des Bundesverbands Bürgerinitiativen Umweltschutz, Hans-Helmut Wüstenhagen, dass von Bürgerinitiativen völlig neue Formen der demokratischen Meinungs- und Willensäußerung ausgingen und wie unter dem Eindruck dieses Protests in Whyl erstmalig ein Projekt nicht weiterverfolgt wurde, weil es politisch gegen massenhaften Protest und bürgerlichen Ungehorsam nicht durchzusetzen war.<sup>4</sup> Wüstenhagen propagierte im Vorfeld der Auseinandersetzungen um den Bau des AKW Brokdorf in Schleswig-Holstein öffentlich eine „Eskalation des bürgerlichen Ungehorsams“ – was ihn nicht davon abhielt, auch als Berater des Weltbundes zum Schutze des Lebens (WSL) in Österreich aufzutreten. Der WSL war 1958 vom österreichischen Schriftsteller und ehemaligen NSDAP- und SA-Mitglied Günther Schwab gegründet worden und wurde von diesem maßgeblich ideologisch geprägt. Schwabs „Der Tanz mit dem Teufel“ galt als erster zivilisationskritischer Bestseller der Nachkriegszeit – herausgegeben vom Eher-Verlag, dem früheren Zentralverlag der NSDAP, in dem auch Hitlers „Mein Kampf“ erschienen war. Erst viele Jahre später, Ende der 1990er Jahre, erhob die linke „Jungle World“ den – bis dahin nicht erhörten – Vorwurf, die Anti-AKW-Bewegung setze sich kaum mit ihrem rechten Rand auseinander.<sup>5</sup>

Dabei waren es dezidiert rechte und rechtsextreme Kreise, die den Brückenschlag zwischen den Ursprüngen der Anti-AKW-Bewegung Ende der 1950er Jahre – nämlich der Bewegung gegen den Atomtod, die sich gegen die damals geplante Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen und deren Stationierung auf deutschem Boden richtete –, hin zu Protest und Widerstand gegen die Atomkraftwerke erfolgreich vollzogen hatten. Diese Kreise übten durch ihren missionarischen Eifer einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Anti-AKW-Bewegung aus.

International protestierten in den 1950er und 1960er Jahren Menschen gegen oberirdische Atomwaffentests und den messbaren radioaktiven Fallout. Die USA testeten Atomwaffen im Bikini-Atoll, Großbritannien bei den Montebello-Inseln vor der australischen Westküste sowie in der australischen Wüste. Frankreich scheute nicht davor zurück, derartige Tests in den Wüstengebieten seiner Kolonie Algerien durchzuführen. Nachdem sich das

4 Hans-Helmut Wüstenhagen, *Bürger gegen Kernkraftwerke*, Hamburg 1975, S. 104.

5 Oliver Geden, *Mit Sonnenenergie für die Volksgesundheit. Die Anti-Atom-Bewegung setzt sich kaum mit ihrem rechten Rand auseinander*, [www.jungle.world](http://www.jungle.world), 19.3.1998.

Land seine Unabhängigkeit erkämpft hatte, brauchte Frankreich ein neues Testgebiet und entschied sich für die Südsee-Atolle Mururoa und Fangataufa. Die Sowjetunion hatte Nowaja Semlja im Nordpolarmeer gewählt.

In der Bundesrepublik gingen die Menschen zunächst gegen die Wiederbewaffnung und die Gründung der Bundeswehr auf die Straße. Diese von der KPD – bis zu ihrem Verbot 1956 – und der SPD, den Gewerkschaften sowie Kirchen getragene Bewegung und die spätere, ab 1960 aufkommende Ostermarschbewegung („Kampf dem Atomtod“) konzentrierten sich vor allem auf den Kampf gegen die nukleare Aufrüstung.

Die Nutzung der Atomkraft für „friedliche Zwecke“ prangerten in jener Zeit nur wenige an. Der Gegenentwurf zur militärischen Nutzung rekurrierte auf die Proklamation „Atome für den Frieden“, wie es in Anlehnung an die Rede des amerikanischen Präsidenten Dwight D. Eisenhower hieß, die er am 8. Dezember 1953 vor der UN-Vollversammlung gehalten hatte. In der „Göttinger Erklärung“ gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr, die von 18 bundesdeutschen Atomforschern – darunter die Nobelpreisträger Max Born, Werner Heisenberg und Otto Hahn – unterzeichnet wurde, heißt es: „Gleichzeitig betonen wir, dass es äußerst wichtig ist, die friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern, und wir wollen an dieser Aufgabe wie bisher mitwirken.“<sup>6</sup>

### **Der Brückenschlag zwischen der Atomtod- und der Anti-AKW-Bewegung**

Dass der Brückenschlag zwischen der Atomtod- und der Anti-AKW-Bewegung gelang, schreibt der Atomhistoriker Joachim Radkau in erster Linie dem Weltbund zum Schutze des Lebens zu. Der WSL mischte sich in der Bundesrepublik bereits gegen den Ausbau des Atomprogramms mit den Bauplanungen der Atomkraftwerke in Wyl und Würgassen ein, führte erste Grundlagenprozesse und flutete schließlich die Verwaltungsgerichte mit Klagen gegen die AKW-Baugenehmigungen.

In Österreich wurde vor allem durch die Informationskampagnen des WSL der Boden für eine Volksabstimmung gegen den Bau des AKW Zwentendorf bereitet. Als im November 1978 eine hauchdünne Mehrheit von 50,47 Prozent für den Baustopp stimmte, war der Bedeutungszenit des WSL in der Alpenrepublik aber bereits überschritten. In der Folgezeit dominierten andere Kräfte, wie die „Oberösterreichische Plattform gegen Atomgefahren“, die allerdings ebenfalls mit der rechtspopulistischen Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) kooperierte. Selbst Jahrzehnte später, im Auflösungsbeschluss des WSL-Österreich von 2012, sucht man vergeblich nach einer kritischen Selbstreflexion. Im Gegenteil, deren letzter Präsident, Friedrich Witzany, würdigt in seinem Rückblick uneingeschränkt den Gründer Günther Schwab. Interessant ist darin vor allem Witzanys Bemerkung, dass der Ideologiestreit zwischen dem WSL und anderen Umwelt- und Anti-AKW-

6 Text des Göttinger Manifests der Göttinger 18, [www.uni-goettingen.de](http://www.uni-goettingen.de).

Initiativen während der Auseinandersetzung um das AKW Zwentendorf „noch unter der Decke gehalten werden konnte“.<sup>7</sup>

Auch in der Bundesrepublik engagierten sich führende WSL-Aktivist\*innen wie Schwab, Werner Haverbeck und Walther Soyka. Im Juni 1960 fand schließlich auf Drängen von Günther Schwab die Gründungsversammlung der WSL-Sektion Deutschland in Bad Hersfeld statt. Deren Träger vertraten ein Weltbild zum „Schutz und Erhalt des Volkes“, in dem nationalsozialistisches Gedankengut fortwirkte. Der erste WSL-Präsident Walter Gmelin war ehemaliger „Euthanasiearzt“ der NS-Tötungsanstalt Grafeneck, in der rund 10 000 Menschen mit Behinderungen ermordet wurden. Das erste Aktionsfeld der Organisation war das AKW Würgassen. Max Bruker, rechtsextremer Arzt und WSL-Mitglied, veröffentlichte in der linken (!) „Deutschen Volkszeitung“ am 12. Juli 1968 einen „Brandartikel“, wie es Joachim Radkau im Nachhinein formuliert: „Es war ein Fanfarenstoß gegen die zivile Kerntechnik, wie es ihn bis dahin in der deutschen Presselandschaft nicht gegeben hatte. Am Fall Würgassen – so Bruker – ließen sich wie an einem Schulbeispiel die Methoden ablesen, wie durch Nachrichtensperre, bewusste systematische Fehlinformationen, Verbreitung unwahrer Angaben und diktatorische Maßnahmen das Prinzip der Demokratie zur Farce gemacht werde“.<sup>8</sup> 1978 initiierte Bruker die Gründung der rechtsextremen „Wählerinitiative Grüne Liste Rheinland-Pfalz“, aus der später bei den rheinland-pfälzischen Landtagswahlen „NPD-Grüne Liste“ hervorging. Die deutsche Sektion des WSL stand viele Jahre unter der Ägide des rechtsextremen Publizisten, „Volkskundlers“ und ehemaligen NSDAP-Funktionärs Werner Georg Haverbeck und dessen Vizepräsidenten Ernst-Otto Cohrs. Doch nicht alle WSL-Mitglieder teilten das krude Weltbild ihrer Führung. Der Buchautor Ewald Gaul und der Physiker Karl Bechert, der auch als „Vater der Anti-AKW-Bewegung“ bezeichnet wird, waren beispielsweise SPD-Bundestagsabgeordnete – das hinderte sie allerdings nicht daran, zugleich im WSL mitzuwirken.

Auch eine der „Mütter“ der Bewegung, Marianne Fritzen, die „Grande Dame“ des Gorleben-Widerstands, hatte zu den „Granden“ des WSL Kontakt. Die WSL-Mitglieder hatten sich der Bürgerinitiative Umweltschutz in Lüchow-Dannenberg angedient, die vor der Standortbenennung Gorlebens lediglich ein lockerer, informeller Zusammenschluss war, um sich gegen die Pläne zur Errichtung eines Atomkraftwerks in Langendorf/Elbe zu organisieren. Die Fäden dieses Zusammenschlusses liefen bei Marianne Fritzen und ihrem Mann Joachim zusammen. Letzterer schrieb den niedersächsischen Landtag an, um – in Absprache mit dem WSL – unter anderen Walther Soyka und Ernst Otto Cohrs als Redner für ein „Hearing über Risiken der Kernenergie“ vorzuschlagen.

Soyka gehörte zum Umfeld des rechtsextremen Bundes für Gotteserkenntnis der Ludendorff-Bewegung, einer religiös-völkischen Weltanschauungsgemeinschaft. Im Februar 1976 gründete Soyka zusammen mit dem Rechts-

7 [www.umweltarchiv.at/wp-content/uploads/2018/03/wsl-1973-2012.pdf](http://www.umweltarchiv.at/wp-content/uploads/2018/03/wsl-1973-2012.pdf)

8 Joachim Radkau, Eine kurze Geschichte der deutschen Antiatomkraftbewegung, [www.bpb.de](http://www.bpb.de), 10.11.2011.

extremisten und Ludendorffer Roland Bohlinger das „Institut für biologische Sicherheit“ in Bremen. Das schien für die Fritzens jedoch keine Trennlinie zu sein; zu jener Zeit wurde jede Form der Unterstützung im Kampf David gegen Goliath – das staatliche Atomprogramm – dankbar angenommen.

Als 1977 nach der Benennung Gorlebens als „Nukleares Entsorgungszentrum“ (NEZ) im ostwestfälischen Vlotho die „Aktionsgemeinschaft Gorleben“ gegründet wurde, bat Marianne Fritzen Werner Haverbeck um finanzielle Unterstützung: Mit einem gebrauchten VW-Bus wollte man die Menschen in den Dörfern informieren und der Reklame der Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) für die Errichtung des NEZ entgegenwirken.

So verwundert es nicht, dass auf der ersten Gorleben-Kundgebung im März 1977 Werner Haverbeck einer der führenden Redner war, in einer – wiederum erstaunlich bunten – Reihe mit Robert Jungk, Helmut Wüstenhagen, dem IG-Metaller Heinz Brandt und dem Schriftsteller Nicolas Born. Und als Walther Soyka 1978 inhaftiert wurde, weil er Prozessschulden in Höhe von 1400 D-Mark nicht begleichen konnte, empörte sich Marianne Fritzen in einem Brief an den Senator für Rechtspflege und Strafvollzug, Wolfgang Kahrs, über dessen Inhaftierung: „Walther Soyka, der uns seit Jahren bekannt, ist kein Radikaler und kein kommunistischer Chaote, sondern ein Mensch, der mit voller Überzeugung auf dem Boden der Legalität steht. [...] Ist es nicht überhaupt grotesk, daß man einen solchen Kämpfer für das Recht und für das Leben des Volkes auf mittelalterliche Weise in den Schulturm wirft?“ Mülheim-Kärlich, Würgassen, Brokdorf, Kalkar – Soyka hatte in seinem Prozesseifer Hunderte Bevollmächtigungen eingesammelt und führte 120 Prozesse, womit er auch anderen Atomkraftgegner\*innen Kostenbescheide bescherte.<sup>9</sup>

### **Ob Rot, ob Grün, ob Braun...**

Wie wenig zu jener Zeit die ideologischen Hintergründe der rechten „Volks- und Lebensschützer“ hinterfragt wurden, zeigt sich auch an der produktiven Zusammenarbeit Soykas mit dem Bremer Kommunisten und Anti-AKW-Kämpfer Jens Scheer und der Strahlenphysikerin Inge Schmitz-Feuerhake von der Universität Bremen. Sie kommentierten gemeinsam ein Werbeheft der Atomlobby, die Ergebnisse wurden 1975 veröffentlicht. Das Buch „Zum besseren Verständnis der Kernenergie – 66 Erwiderungen“ avancierte bei Atomkraftgegner\*innen zu einem Standardwerk der Atomenergiekritik.

Der Einfluss des WSL nahm mit dem Anwachsen der neuen Protestbewegung gegen die Atomkraftnutzung dann allerdings rapide ab. Der Rat von Haverbeck und Konsorten war nicht mehr gefragt: Es gab nun eine breitere Palette an Fachliteratur, und unabhängige Forschungsinstitute wie das Öko-Institut Darmstadt/Freiburg i.Br. und die Gruppe Ökologie in Hannover

9 Entscheidender Haken, [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de), 11.5.1981.

lieferten die Argumente. Jüngere Leute führten in den Anti-AKW-Initiativen die Regie und organisierten den Widerstand, ihr politisches Selbstverständnis war basisdemokratisch, antirassistisch und internationalistisch.

Dem WSL gelang es hingegen nicht, sich zu verjüngen; die Mitgliedschaft war letztlich so stark überaltert, dass sich die deutsche WSL-Sektion 2012 auflöste. Ihre Schulungsstätte „Collegium Humanum“ in Vlotho war bereits 2008 vom Bundesinnenministerium wegen Volksverhetzung und Verherrlichung des Nationalsozialismus verboten worden. Und es gab ein Nachspiel: Im Mai 2018 wurde die inzwischen über 90jährige Ursula Haverbeck aus Vlotho inhaftiert. Die Holocaust-Leugnerin musste wegen Volksverhetzung eine 14monatige Strafe im Gefängnis in Bielefeld-Brackwede absitzen.

Einen bemerkenswerten, gleichsam letzten gemeinsamen Appell gegen die Atomkraftnutzung richtete 1982 Erich Huster, bis 1978 Direktor des Instituts für Kernphysik der Universität Münster, an den damaligen Bundespräsidenten Karl Carstens – mit Unterstützung der WSL-Größen Günther Schwab, Max Otto Bruker, Werner Haverbeck, Ursula Haverbeck-Wetzel und Ernst-Otto Cohrs, dem Schriftleiter der „Stimme des Gewissens“, einer Zeitschrift, die vom rechtsradikalen „Collegium Humanum“ herausgegeben wurde. Die Tatsache, dass zahlreiche WSL-Mitglieder den Appell unterzeichnet hatten, hielt andere keineswegs davon ab, dies ebenfalls zu tun. Unterschrieben hatten beispielsweise der Physiker und Träger des Alternativen Nobelpreises, Hans-Peter Dürr, oder Gösta von Uexküll, der in der NS-Zeit jüdischen Menschen zur Flucht verholfen hatte, schließlich selbst in das Fahndungsnetz der Gestapo geriet und in den 1960er und 1970er Jahren eine maßgebliche Rolle in der Kampf dem Atomtod- und der Friedensbewegung spielte. Zu den Unterzeichner\*innen gehörten aber auch der Friedensaktivist und Mitbegründer der „Blätter“, Franz Rauhut, sowie der Verfassungsrechtler Helmut Ridder, jahrzehntelang Mitherausgeber dieser Zeitschrift.

Der Friedensaktivist Hertle hat dafür eine einfache Erklärung: Man las den Text und fand ihn gut. Diese politische Diffusität war zu jener Zeit verbreitet. So hob „Der Spiegel“ unter dem Titel „Bürgerproteste – die vierte Gewalt“ im Jahr 1977 verwundert hervor, wer da wem zujubelte: Der Christdemokrat Herbert Gruhl bekam „Beifall von den Progressiven“ und der Sozialdemokrat Freimut Duve den „Applaus von den Konservativen“. Gruhls Öko-Bestseller „Ein Planet wird geplündert“ wurde in erster Linie als flammender Appell zur Begrenzung des ungehemmten Wirtschaftswachstums und der Ausbeutung von Rohstoffen in einer begrenzten Welt gelesen. Passagen zur „Menschenlawine“ und Sätze wie der Folgende wurden dagegen kaum rezipiert: „Einige europäische Völker, die in der glücklichen Lage sind, daß sich ihre Bevölkerung stabilisiert, haben einen Weg von sagenhafter Dummheit gefunden, diesen Vorteil wieder aus der Hand zu geben: Sie betrachten sich jetzt als Einwanderungsländer für den gesamten Erdball“.<sup>10</sup>

Ein besonderes Beispiel für die damalige diffuse politische Stimmungslage, in der allein die – vermeintlich – ökologische Grundhaltung und die

10 Herbert Gruhl, Ein Planet wird geplündert, Frankfurt a. M. 1975.

Ablehnung von AKW bestimmend und ein Kitt waren, stellte eine Tagung des Collegium Humanum im April 1978 in Vlotho dar. In dem Seminar unter dem Titel „Politische Realität – Ökologische Notwendigkeit“ sollte ausgelotet werden, ob eine „Zusammenarbeit derjenigen Gruppen, die eine ökologische Politik für unabdingbar halten“, möglich ist und ob man sich als Basis auf ein „alternatives, ökologisches Wirtschaftskonzept“ verständigen könne. Unter den Eingeladenen befanden sich die Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher (AUD), die Europäisch Föderalistische Partei (EFP), die Frei-Soziale Union (FSU), die Stadt-Land-Union (SLU), die NPD sowie Jungdemokraten und Jusos. Der Unterstützerkreis für dieses Seminar liest sich wie das „Who's Who“ der damaligen politischen Rechten und radikalen Linken, dazu gehörten auf der einen Seite Joseph Beuys, Heinz Brandt, Rudi Dutschke, Arno Klönne, Dorothee Sölle und auf der anderen Seite Werner Haverbeck und seine Frau, Ernst-Otto Cohns und August Haußleiter, dessen politisch schillernde Biographie – vom Nationalsozialisten zum Mitbegründer der Grünen – zugleich die mögliche politische Bandbreite des Unterstützerkreises umreißt.

### **Verjüngung der Bewegung und Abgrenzung nach rechts**

Der Autor Jan Peters hatte bereits Ende der 1970er Jahre akribisch erfasst, wie (extrem) linke und rechte Kräfte sich das politische Feld streitig machten, dann wiederum auch kooperierten, wie Nazis als Umweltschützer auftraten und welche Schlüsselpositionen sich – auch extrem – Rechte angesichts der sich abzeichnenden Wichtigkeit ökologischer Fragestellungen erarbeitet hatten. Seine Warnung: „Vor allem unsere grünen Spontis und die lieben Öko-Freaks wissen fast nichts über den Rechtsextremismus“.<sup>11</sup> Als Anschauungsmaterial verwies er auf das „Ökologische Manifest“ der NPD, das sich las wie eine Grünen-Deklaration, und beschrieb, wie sich Rechtsextreme durch die Gründung von Grünen Listen bzw. durch Mitarbeit in grünen Zusammenhängen tarnten. Einen Erklärungsansatz für das Neben- und Miteinander – anscheinend antagonistischer – ideologischer Positionen führte der Umweltsoziologe Karl-Werner Brand ins Feld: „Die Ökologie- wie auch die Alternativbewegung scheint von einer Ambivalenz geprägt: von antimodernistischer Reaktion und zukunftsweisender Antizipation ‚ökologisch-humaner‘ Lebensformen; von konservativen, irrationalistischen Ideologien und neuen, nicht instrumentellen Formen des Selbst-, des Gesellschafts- und Politikverständnisses.“<sup>12</sup> Traditionelle Deutungsmuster wie die Beurteilung „konservativ“ oder „progressiv“ seien vor diesem Hintergrund „nur noch begrenzt tauglich“.

Auf der Mikroebene, in örtlichen Bürgerinitiativen und Basisgruppen, herrschte eine ideologische Diffusität, die auch zu Spaltungen führte. Als

11 Jan Peters (Hg.), Alternativen zum Atomstaat. Das bunte Bild der Grünen, Berlin 1979, S. 114.

12 Karl-Werner Brand, Neue soziale Bewegungen. Entstehung, Funktion und Perspektive neuer Protestpotentiale, eine Zwischenbilanz, Opladen 1982, S. 25.



gewichtige Trennlinie in der Debatte um legitim erscheinende Widerstandsformen – seien es die bloße Demonstration, Aktionen des zivilen Ungehorsams oder militante Auseinandersetzungen – fungierte die Gewaltfrage: Das Gewalt ablehnende Lager umfasste neben sich explizit als gewaltfrei verstehenden Spektren der Neuen Linken, wie sie etwa im Umfeld der Zeitschrift „Graswurzelrevolution“ bestanden, auch eine Vielzahl lokaler Bürgerinitiativen und überregionaler Umweltschutzverbände wie den Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz. Hier mischten sich ökologisch-reformerische, christliche, naturromantische und wertkonservative Anteile, „die aber in ihrer Ablehnung der Anwendung von Gewalt im Anti-AKW-Kampf übereinstimmten – wenngleich die ‚Gewalt gegen Sachen‘ (etwa Bauzäune) für einige davon unberührt blieb“.<sup>13</sup>

Mit dem Anwachsen und der Verjüngung der Bewegung hat sich diese Offenheit gegenüber rechten Akteuren allerdings verflüchtigt: Fortan bildete die klare Abgrenzung gegen Rechte den Kitt der ideologisch bunten Anti-AKW-Bewegung – bis heute. Sie versteht sich als internationalistisch – sei es in der Unterstützung indigener Völker gegen den Uranabbau, sei es in der weltumspannenden Solidarität nach den Reaktor- und Naturkatastrophen von Tschernobyl und Fukushima. Dezidiert rechtsextreme Kreise bleiben seither außen vor.

Schlagzeilen machten allein – einige wenige – „völkische Siedler“. Die „Siedler“ sehen sich als Neo-Artamanen, als „Urdeutsche“ und wollen eine „ritterliche, kämpferische Rasse“ auf deutschem Boden aufbauen, schreibt der Filmemacher Peter Podjavorsek. „Die Artamanen hatten die bäuerliche Besiedlung der ländlichen Gegend im Osten des Deutschen Reiches zum Ziel. Sie standen für eine völkische, agrarromantische Blut-und-Boden-Ideologie. Die Gruppierung war zwar nicht sehr groß, auf dem Höhepunkt der Bewegung waren es rund 2000 Mitglieder, sie hatte aber einflussreiche Anhänger, zum Beispiel den SS-Chef Heinrich Himmler und den Auschwitz-Kommandanten Rudolf Höß.“ In der Atomkraftnutzung sehen sie „ein Mittel der Juden“, um das deutsche Volk auszurotten.<sup>14</sup>

Der Versuch eines derartigen Siedlers, mit Biolandbau und Anti-AKW-Fahne im Wendland sesshaft zu werden, scheiterte allerdings – und zwar nicht zuletzt deshalb, weil der Gegenwind aus der Anti-AKW-Szene einfach zu stark war.

13 Michael Steffen, *Geschichten vom Trüffelschwein – Politik und Organisation des Kommunistischen Bundes 1971 bis 1991*, Inauguraldissertation zur Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie, Marburg 2002, S. 174, [www.archiv.ub.uni-marburg.de](http://www.archiv.ub.uni-marburg.de).

14 Peter Podjavorsek, *Der Bio-Nazi von nebenan*, [www.deutschlandfunkkultur.de](http://www.deutschlandfunkkultur.de), 21.2.2017.